

Wieso Urseren nicht im Stausee versank

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **91 (2000)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-855560>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wieso Urseren nicht im Stausee versank

Widerstand gegen grosstechnische Projekte kennt man in der Schweiz nicht erst seit dem Kampf gegen Kernkraftwerke. Eines der eindrücklichsten Beispiele einer derartigen Auseinandersetzung ist der Kampf der Urschner Bevölkerung gegen die Pläne eines von den CKW geführten Konsortiums, das Urserental mit seinen drei Dörfern Andermatt, Hospenthal und Realp in einem Stausee zu versenken. Eine riesige, 208 m hohe Mauer sollte den 12,35 km² umfassenden See (1,235 km³ Inhalt, Leistung 725 MW) einige Meter oberhalb der Teufelsbrücke – beim Urnerloch – stauen.

Was uns heute schon fast als Frevel erscheint, hatte vor allem in den Kriegs- und Nachkriegsjahren durchaus seine wirtschaftlich-technische Logik; dementsprechend standen die Chancen für eine Realisierung nicht schlecht. Die Auseinandersetzungen um dieses Projekt dauerten mit Unterbrüchen von 1920 bis 1951. Wer weiss, wie der Kampf letztendlich geendet hätte, wenn nicht eine faszinierende neue Möglichkeit – die Kernenergie – die Befürchtungen um ein Elektrizitätsmanko relativiert hätte.

Der Autor der hier vorgestellten Arbeit hat sich nicht von ungefähr dieses hochinteressante Kapitel der schweizerischen Technikgeschichte vorgenommen, hat er doch selbst in hoher Position bei Motor Columbus den Streit um die Kernenergie miterlebt. Es scheint uns sinnvoll, die Resultate seiner Arbeit wiederzugeben.

Erste Idee – Widerstand – auf Eis gelegt

Die unter technischen Gesichtspunkten bestechende Idee, an der idealen Sperrstelle beim Urnerloch eine Staumauer zu errichten und so das Urserental in einen riesigen Stausee zu verwandeln, wurde von Fritz Ringwald, dem damaligen Direktor der CKW, schon 1920 lanciert. Gegen das Projekt «Stau- und Kraftwerk Andermatt» erhob sich von Anfang an starker Widerstand der Bevölkerung, wenn auch verschiedene Talbewohner, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen, bereit gewesen wären, ihr Land und ihre Häuser zu verkaufen. Das Projekt kam nie zur Ausführung, wurde aber von den CKW auch nie vollständig aufgegeben.

Zweiter Weltkrieg – Sorge um die Deckung des Strombedarfs

Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges reaktivierten die CKW das Projekt unter dem Eindruck der damaligen Versorgungslage. Zusammen mit der ihnen nahe stehenden Elektrobank, der SKA und den SBB als Inhabern der Reusskonzession gründeten sie ein Studiensyndikat zur Ausarbeitung eines Konzessionsprojek-

tes. Ihr Hauptmotiv war die Sorge um die Deckung des Strombedarfs der Schweiz, deren Energieversorgung im Übrigen weitgehend von den Achsenmächten abhängig war. Der Inlandverbrauch an Elektrizität stieg deutlich stärker als die Produktionskapazitäten. Neben dem Kraftwerk Hinterrhein wäre das Kraftwerk Urseren die Antwort auf diese Probleme gewesen. Es hätte mehr Winterenergie liefern können als alle bestehenden Kraftwerke der Schweiz zusammen.

2000 Menschen sollen ihre Heimat verlassen

Das Urseren-Projekt war ein Projekt von gigantischen Ausmassen. Es hatte nur den einen grossen Nachteil: seine Verwirklichung hätte die Umsiedlung von gegen 2000 Menschen bedingt, die Dörfer Andermatt, Hospenthal und Realp wären unter Wasser gesetzt worden.

Sofort nach dem Bekanntwerden des Projekts bildete sich im Urserental eine

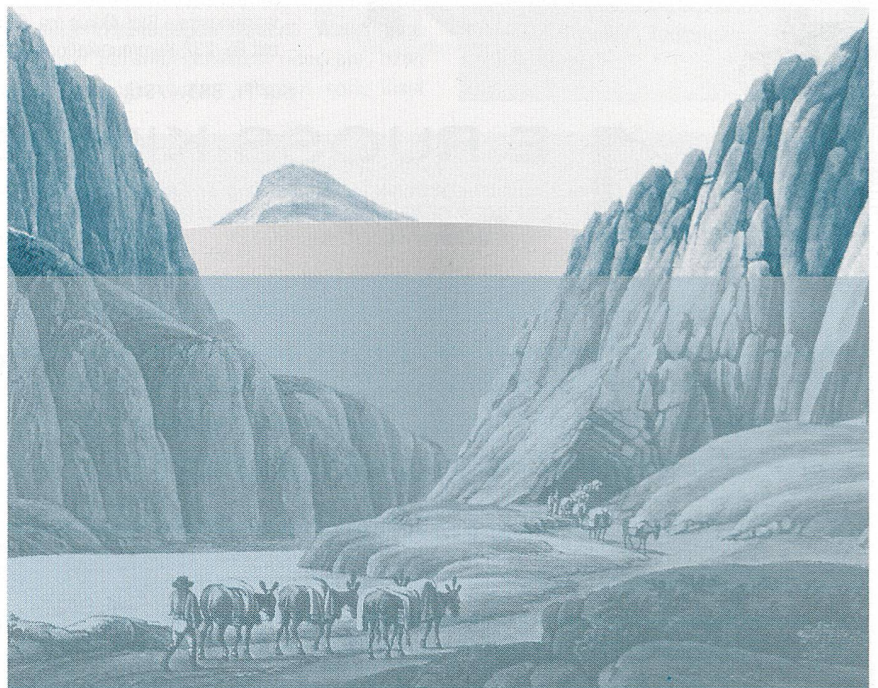
starke Abwehrfront von Volk und Behörden. Kern des Widerstands war die Korporation Urseren. Das Motto lautete: «Wir verhandeln nicht! Wir verkaufen nicht! Wir gehen nicht!»

Solidarische Abwehrfront – Krawall und Gewalt

An Gemeindeversammlungen, in Flugblättern und in der Presse wurde zum Widerstand aufgerufen. Die Regierung des Kantons Uri erklärte sich mit den Kraftwerkgegnern solidarisch. Als bekannt wurde, es sei dem Studiensyndikat gelungen, einzelne Liegenschaften im Tal zu erwerben, wurde die Stimmung explosiv und entlud sich im sogenannten Krawall von Andermatt: Am Spätabend des

Erich Haag: Der Widerstand gegen das Kraftwerkprojekt Urseren – Grenzen des technischen Fortschritts. Lizentiatsarbeit, August 1999, Historisches Seminar der Universität Zürich.

19. Februar 1946 wurde der Beauftragte des Studiensyndikats für Landangelegenheiten von einer aufgebrachten Menge unter Gewaltanwendung aus dem Tal getrieben und das Büro des mit Planungsarbeiten betrauten Architekten verwüstet. In einem viel beachteten Prozess verur-



Wen freut es nicht, dass das Urnerloch auch heute noch – wenn auch meist auf Rädern – passierbar ist. (Quelle: Streifzug durch historische Landschaft; Atlantis-Verlag, Zürich)

teilte das Landgericht Urseren die Täter zu äusserst milden Strafen, die Geschädigten wurden dagegen wegen falscher Anschuldigung verurteilt.

Elektrizitätswirtschaft resigniert

Der Krawall von Andermatt markiert gewissermassen den Wendepunkt im Geschehen. Zwar reichte das Studiensyndikat kurz danach das Konzessionsgesuch ein, war sich aber bereits klar, dass es im damaligen Zeitpunkt wenig Aussicht auf Erfolg hatte. Auf politischer Ebene wurde versucht, das bäuerliche Bodenrecht, das dem Erwerb von Liegenschaften durch die Kraftwerkprojektanten im Wege stand, zu lockern und durch eine Revision des Wasserrechtsgesetzes die Kompetenz zur Erteilung von Konzessionen für grössere Kraftwerke von den Kantonen und Gemeinden auf den Bund zu übertragen, wo man mehr Verständnis für die Anliegen der Elektrizitätswirtschaft erwartete – beides ohne Erfolg. Schliesslich verzichtete das Studiensyndikat am 30. Juni 1951 auf eine Behandlung des Konzessionsgesuches durch die Urner Behörden.

Politisch-gesellschaftliche Grenzen der Machbarkeit

Das Kraftwerkprojekt Urseren ist, wie wenige Jahre zuvor der Stausee Rheinwald, an politische und gesellschaftliche Grenzen der Machbarkeit gestossen. Es hat sich gezeigt, dass ein technisches Grossprojekt, dessen Realisierung hunderte oder tausende von Menschen zur Aufgabe ihrer heimatlichen Existenz gezwungen hätte, sich nicht durchsetzen lässt, wenn die Betroffenen darüber mit-

bestimmen können; dass die Güterabwägung zwischen materiellem Nutzen und der Verbundenheit mit der angestammten Heimat zu Gunsten der immateriellen Werte ausfällt, ausser vielleicht in Zeiten eines nationalen Notstandes. In diesem Sinne lässt sich auch sagen, dass die föderalistische Gesetzgebung der Schweiz, welche die Verleihung von Wasserrechten in die Hände der (bürgernäheren) Kantons- und Gemeindebehörden legt, zum Scheitern der beiden Projekte beigetragen hat.

Ein Dialog kam nie zustande

Eine der Voraussetzungen dafür, dass ein Werk mit derart tiefgreifenden Auswirkungen wie in Urseren überhaupt erstellt werden könnte, wäre auch, dass die beteiligten Parteien miteinander reden können. Ein Dialog zwischen den Initianten des Kraftwerks auf der einen Seite und der betroffenen Bevölkerung und den Behörden auf der anderen kam nie zustande. Zwar versuchte das Studiensyndikat immer wieder, ins Gespräch zu kommen, aber seine Exponenten waren derart von der Machbarkeit des Projekts überzeugt, dass sie die emotionale Kraft des Widerstandes nicht begriffen. Die Urschner andererseits verweigerten hartnäckig den Dialog, sie wollten dem «Teufel» nicht einmal den kleinen Finger reichen, damit er nicht die ganze Hand nehme. Das Resultat war das, was man gelegentlich einen «dialogue des sourds» nennt.

Fragen ohne Antworten

Vor und nach Urseren und Rheinwald gab es, wie eingangs erwähnt wurde,

Kraftwerkprojekte, die zur Umsiedlung von Teilen der Bevölkerung führten. Warum konnten der Stausee Wägital, der Sihlsee und der Stausee Marmorera errichtet werden, nicht aber Rheinwald und Urseren? Lag es einfach an der Grösse des Projektes, oder gab es noch andere Gründe? Warum liessen sich die Kraftwerke Rheinau und die Engadiner Kraftwerke trotz heftigem Widerstand aus Naturschutzkreisen verwirklichen, nicht aber Greina? Lag es an den fehlenden demokratischen Mitwirkungsrechten der Betroffenen, dass die Dörfer Graun und Reschen im Vinschgau dem Kraftwerkbau weichen mussten? Warum klärte sich die Lage im Urserental erst, nachdem es zu Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen gekommen war, während das Projekt Rheinwald fast zur gleichen Zeit in einem geordneten rechtsstaatlichen Verfahren erledigt werden konnte? Gibt es Parallelen zwischen dem Widerstand gegen diese Projekte und der späteren militanten Opposition gegen den Bau von Kernkraftwerken? Es wäre reizvoll, allen diesen Fragen nachzugehen, aber es würde den Rahmen dieser Arbeit bei weitem sprengen.

Urseren und Rheinwald sind um die Mitte des 20. Jahrhunderts zu einem Zeichen dafür geworden, dass nicht alles, was technisch machbar und wirtschaftlich sinnvoll erscheint, sich auch politisch und gesellschaftlich durchsetzen lässt. Der technische Fortschritt hat Grenzen, die ihm von aussen gegeben sind. Das idyllische Bild der «Landi» 1939 von einer Technik, die sich nahtlos in eine heile Alpenwelt einfügt, hat wenige Jahre später Risse bekommen.